

Leonberg

Na also: In der Stadtentwicklung tut sich was

Von Thomas K. Slotwinski 06.02.2020 - 08:00 Uhr



Hinter dem jetzigen Direktionsgebäude der Kreissparkasse ist in Richtung Unterer Burghalde ein kleines Wohnquartier geplant. Foto: factum/Simon Granville

Leonberg - Im Tauziehen um ein neues Quartier im Bereich der Leonberger Kreissparkassen-Direktion am Rande der Altstadt lassen beide Seiten die Enden etwas lockerer. Dem Vernehmen nach hat es hinter den Kulissen Gespräche gegeben, um das Projekt doch zu ermöglichen und um die Verhärtungen, die nach der Ablehnung entstanden waren, zu lösen.

Was war geschehen? Die Kreissparkasse will an der Ecke Grabenstraße / Stuttgarter Straße ein neues Direktionsgebäude und vier Häuser mit 70 Wohnungen, ein Viertel davon sozial gefördert, errichten. Die Grünen aber stören sich an der fünften Etage, die für eines der vier Wohnhäuser vorgesehen ist. Die Freien Wähler bemängeln, dass für die Sozialwohnungen nur jeweils einer statt der sonst üblichen anderthalb Parkplätze vorgesehen ist. Beide Fraktionen stimmten gegen das Projekt und hatten so eine hauchdünne Mehrheit.

Mit dem Hinweis, dass einer der mitstimmenden Stadträte, der in direkter Nachbarschaft zum Baugelände wohnt, befangen sei, widersprach Oberbürgermeister Martin Georg Cohn (SPD) dem Beschluss. Eine Rechtsauffassung, die der Gemeinderat mehrheitlich teilt. Nun soll am 13. Februar erneut votiert werden.

Versöhnliche Signale

Im Vorfeld senden die Freien Wähler versöhnliche Signale: „Wir begrüßen und unterstützen weiterhin eine geplante Wohnentwicklung auf dem KSK-Gelände“, erklärt Axel Röckle. Der Chef der Gemeinderatsfraktion verteidigt aber den verlangten Stellplatzschlüssel von 1,5 pro Wohnung: „Die Forderung wird von uns nicht grundlos erhoben, sondern in Anbetracht der allgemeinen Parksituation in der Altstadt sowie im Bereich Grabenstraße, Stuttgarter Straße und Feuerbacher Straße als dringend notwendig erachtet.“

Nicht von ungefähr, so argumentiert Röckle, musste die Verwaltungsspitze auf Anweisung des Regierungspräsidiums das in diesem Bereich in Teilen eingeführte Anwohnerparken zurücknehmen. „Der Parkdruck ist unverändert hoch und soll nicht noch weiter verstärkt werden.“

Vorsichtig optimistisch kommentiert der Vorstandsvorsitzende der Kreissparkasse die Entwicklung: „Gesprächsoffenheit auf allen Seiten halte ich für die Realisierung dieses für uns wie für die Stadt wichtigen Projekts für den zielführenden Weg.“ Detlef Schmidt betont aber auch, dass „unsere betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten nach wie vor gesetzt“ sind. „Für die

weitere Vorgehensweise wird die Erörterung in der nächsten Planungsausschusssitzung eine wichtige Orientierung sein“, sagt Schmidt.

Weiteres Thema: Das Postareal

Ein Hoffungsstreifen ist auch bei jenem Vorhaben erkennbar, um das im vergangenen Jahr heftig diskutiert wurde, es zuletzt aber sehr ruhig geworden war: die Bebauung des Postareals mit dem Brückenschlag in Richtung Marktplatz.

„Wir sind davon überzeugt, dass sich zeitnah etwas zum Positiven bewegt“, sagt Axel Röckle. „Der Investor hat wesentliche Teile unserer Anregungen und Bedenken betreffend der seitherigen Planung aufgenommen.“

Außerdem soll eine architektonisch ansprechende Fußgänger- und Fahrradbrücke die Altstadt mit dem neuen Quartier verbinden. Die Eltinger Straße würde drumherum geführt.

Umstritten waren bisher die Zufahrtswege zu einem geplanten Lebensmittelmarkt. Kritiker befürchten starke Verkehrsbehinderungen, wenn große Lastwagen neue Waren anliefern. Auch dass ein Großteil der Bäume vor dem ehemaligen Postgebäude fallen soll, war in Teilen des Gemeinderats auf Unmut gestoßen.

Nun spricht der Fraktionschef der Freien Wähler von einer vor allem im Bereich der Eltinger Straße/Andienung des Supermarktes „unter ökologischen und verkehrlichen Gesichtspunkten deutlich verbesserten Planung.“ Wie die genau aussieht, möchte Axel Röckle mit Blick auf die vertraulichen Gespräche nicht sagen.

Sorge um Investoren

Ähnlich äußert sich der Oberbürgermeister auf Anfrage. Der Investor Strabag habe sich bewegt. Die geänderten Pläne sollen – vorerst nichtöffentlich – in der kommenden Sitzung des Gemeinderates erörtert werden. Sollte eine Mehrheit der Stadträte sie dennoch ablehnen, befürchtet Martin Georg Cohn einen massiven Imageschaden für die Stadt: „Welcher Investor bewirbt sich dann noch bei uns?“

Doch soweit soll es nicht kommen. Der OB und der Baubürgermeister Klaus Brenner hoffen darauf, dass an der alten Post im konstruktiven Dialog zwischen

Stadt und Investor ein ähnlich attraktives Gebiet entsteht, wie demnächst im Dreieck Römerstraße /Poststraße.

Dort erweitert der Technologiekonzern Bosch seinen Leonberger Standort, an dem das autonome Fahren entwickelt wird. Vorgesehen ist ein offenes campusartiges Gelände, das in Teilen auch für die Öffentlichkeit zugänglich ist.

Für Axel Röckle ein Musterbeispiel für ein gelungenes Zusammenspiel zwischen Wirtschaft und Verwaltung: „Bosch wirkt aktiv an der Bewältigung des durch die Ausweitung entstehenden Mehrverkehrs mit“, lobt der Freie Wähler. „Wir freuen uns auf innovative Verkehrssysteme, die auch Vorteile für die Leonberger Bevölkerung bringen können.“